

**Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)**

**Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:**

**Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel**

**0151-11201634 – [eckehard.niemann@freenet.de](mailto:eckehard.niemann@freenet.de)**

**Pressemitteilung**

**„Bauernland in Bauernhand!“**

**Bauern unterstützen Niedersachsens Neuregelung des Grundstücksverkehrsrechts**

„Als große Chance für den Erhalt und die Stärkung bäuerlicher Betriebe“ bewertet die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) den Gesetzentwurf der niedersächsischen Landesregierung für ein neues Grundstücksverkehrsrecht. AbL Bodenmarkt-Experte Eberhard Prunzel-Ulrich: „Niedersachsens Bauern, die schon jetzt gegen zu niedrige Preise ihrer Produkte kämpfen müssen, brauchen diese Rückenstärkung.“ Ungeachtet der anstehenden Debatte um einzelne Detailvorschriften des Gesetzesentwurfs sei es dringend angesagt, Pacht und Kauf landwirtschaftlicher Flächen und Betriebe nach dem Motto „Bauernland in Bauernhand“ durch neue Pachtpreis-Obergrenzen, Genehmigungspflichten und Vorkaufsrechte zu regeln. Die dramatische Verdrängung bäuerlicher Betriebe auf dem Bodenmarkt durch Pachthaie und Spekulanten und durch explodierende Kauf- und Pachtpreise müsse dringend und rasch gestoppt werden. So werde nicht nur Erwerb und Pachtung von landwirtschaftlichen Grundstücken für Nichtlandwirte und Kapitalgesellschaften erschwert, auch die Preistreiberei bei Pacht und Kauf werde durch eine Begrenzung auf 130 % des ortsüblichen Niveaus gedeckelt.

AbL-Landesvorsitzender Ottmar Ilchmann betonte, dass Landwirtschaftsminister Christian Meyer mit dieser längst überfälligen Initiative auf die Unterstützung der allermeisten Bauern setzen könne. Es sei erfreulich, dass auch Sachsen-Anhalts Landwirtschaftsministerin Dalbert in Sachsen-Anhalt solche Neuregelungen des Grundstücksverkehrsrechts anstrebe – hier seien bäuerliche Familienbetriebe gegenüber nichtlandwirtschaftlichen Agrarindustriellen und den bisher begünstigten LPG-Nachfolge-Großbetrieben zu stützen. Die AbL forderte alle Länderregierungen auf, diesen Beispielen rasch zu folgen.

Die AbL kritisierte die Kehrtwendung der Spitze des „Landvolk“-Landesbauernverbands bei der Positionierung zur niedersächsischen Novelle des Grundstücksverkehrsgesetzes. Die zunächst eher zustimmende Positionierung eines „Landvolk“-Vertreters bei einer Veranstaltung des Agrarministeriums sei offensichtlich „kassiert“ worden – zugunsten einer grundsätzlichen Ablehnung von Eingriffen in Boden- und Pachtmärkte. AbL-Landesvorsitzender Ottmar Ilchmann forderte alle Landvolk-Mitglieder auf, ihren Landesvorstand von dieser „Ignorierung von laufender Pachtpreis-Explosion und von Landgrabbing“ wieder abzubringen. Sicherlich bedürften einzelne Regelungen der Novelle des Grundstücksverkehrsgesetzes einer intensiven Diskussion und ggf. auch Verbesserung – aber eine grundsätzliche Neuregelung sei zum Erhalt bäuerlicher Strukturen dringlich und unerlässlich.

*2.710 Zeichen – 17.5.2017*

Links:

## Bodenpolitik / Bodenvergabe

zum Thema Bodenpolitik hat die AbL Niedersachsen/Bremen eine Tagung durchgeführt und die Diskussion in die Bundes AbL getragen. Daraus entstanden sind folgende Positionen, Zusammenstellungen und Artikel:

 [Bodenpolitik und Bodenrecht für bäuerliche Landwirtschaft - AbL, 2013](#) (118 KB)

 [Bodenpolitik und Bodenrecht für bäuerliche Landwirtschaft - Vortrag AbL Nds/HB, 2013](#) (168 KB)

 [Wer gewinnt den Kampf ums Land? - Unabhängige Bauernstimme, April 2012](#) (74 KB)

## Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

11.5.2017

### Agrarminister Meyer: Modernes Grundstücksverkehrsrecht stärkt die bäuerlichen Familienbetriebe

„WIR WOLLEN KEINE INVESTOREN-LANDWIRTSCHAFT“ – ANSTIEG VON PACTH UND BODENPREISEN SOLL  
GEDÄMPFT WERDEN

**HANNOVER. Niedersachsen ist auf dem Weg zu einem modernen und praxistauglichen Grundstücksverkehrsrecht: Die Landesregierung hat beschlossen, das reformierte Gesetz zur Sicherung der bäuerlichen Agrarstruktur in Niedersachsen (NASG) nach umfangreicher Verbändeanhörung zur weiteren Beratung in den Landtag einzubringen. „Die Modernisierung des Grundstücks- und Pachtverkehrsrechts soll bäuerliche Familienbetriebe stärken und den Anstieg von Pacht und Bodenpreisen dämpfen“, sagte der zuständige Agrarminister Christian Meyer. „Denn wir wollen keine Investoren-Landwirtschaft.“**

Es gehe darum, die bäuerliche Agrarstruktur in Niedersachsen aktiv zu schützen und den Bäuerinnen und Bauern gegenüber Großinvestoren eine privilegiertere Position zu verschaffen. Bauernland müsse in Bauernhand bleiben. Möglich wird dies, da im Rahmen der Föderalismusreform die Gesetzgebungskompetenz für die Regelung des landwirtschaftlichen Bodenmarktes auf die Länder übertragen worden ist. Bislang hatte nur Baden-Württemberg davon Gebrauch gemacht, jedoch lediglich in Ansätzen. In den anderen Ländern gelten weiterhin das Landpachtverkehrsgesetz, das Reichssiedlungsgesetz und das Grundstücksverkehrsgesetz.

Mit dem geplanten niedersächsischen Gesetz werden die drei bestehenden Gesetze bauern- und bürgerfreundlich verschlankt und Gesetzeslücken geschlossen. Meyer: „Niedersachsen ist somit bundesweit das erste Land, das eine solch umfassende Novelle des Grundstücksverkehrsrechts im Sinne bäuerlicher Familienbetriebe und zum Schutz der für Niedersachsen prägenden Agrarstruktur auf den Weg bringt.“ Die vom Bund und anderen Ländern signalisierte Unterstützung stimme ihn „äußerst zuversichtlich“. Der Minister erinnerte an den Beschluss der Amtschefkonferenz vom Januar dieses Jahres in Berlin zum Bodenmarkt. „Wie der Bund haben auch die Länder Sorge vor agrarstrukturellen Irrwegen, die oft in dramatischen Entwicklungen auf dem Bodenmarkt begründet sind“, so Niedersachsens Landwirtschaftsminister. Er setze daher große Hoffnung in die Arbeit der länderoffenen Bund-Länder-Arbeitsgruppe Bodenrecht. „Bei bundesweiten Fragestellungen müssen für ganz Deutschland geltende Regelungen das Ziel sein“, so Meyer.

Wegen starker regionaler Unterschiede komme man aber nicht umhin, länderspezifische Vorgaben zu schaffen. Genau diesen Weg beschreite nun Niedersachsen, das als Agrarland

Nummer eins in Deutschland in einer besonderen Verantwortung stehe. Wie groß der Handlungsbedarf ist, belegt der in dieser Woche vorgelegte aktuelle Landesgrundstücksmarktbericht: Die Landpreise steigen weiter kontinuierlich an, seit 2010 ist zum Beispiel Ackerland jedes Jahr um etwa 13 Prozent teurer geworden, bei Grünland sind es neun Prozent. Die Preisspanne für verkaufte Ackerflächen in Niedersachsen reicht nach derzeitigem Stand von 1,13 Euro bis 8,10 Euro pro Quadratmeter. Betroffen sind insbesondere die viehintensiven Regionen wie die Landkreise Cloppenburg, Vechta und Emsland. Den höchsten Wert meldet der Landkreis Cloppenburg mit elf Euro pro Quadratmeter. Und: Während der Anteil der Landwirte, die Ackerböden verkauften, von 37 Prozent im Jahr 2013 auf nunmehr 47 Prozent 2016 gestiegen ist, geht unter den Landwirten die Zahl der Erwerber von Ackerflächen von 70 auf 61 Prozent zurück. „Die Schere klafft auseinander, das bereitet mir Sorgen“, sagte Meyer. „Diesen Flächendruck müssen wir stoppen. Deshalb ist die von der rot-grünen Landesregierung anvisierte Kaufpreis- und Pachtbremse so wichtig.“

Durch den enormen Preisanstieg beim Kauf und bei der Pacht landwirtschaftlicher Flächen sei der Bodenmarkt zunehmend in eine Schieflage geraten. „Vor allem bäuerlich wirtschaftende Familienbetriebe stehen damit bei einer ökonomisch ohnehin schon angespannten Lage finanziell noch mehr unter Druck“, sagte Niedersachsens Landwirtschaftsminister. Beim Flächenerwerb sollen deshalb künftig ortsansässige Landwirtinnen und Landwirte wirksam privilegiert werden. So haben sie beispielsweise die Möglichkeit, vor etwaigen Veräußerungen ihr Interesse an ortsnahen Flächen zur Bewirtschaftung zu bekunden und erhalten dann unter bestimmten Voraussetzungen ein Vorkaufsrecht. Bestehen bleibt das Vorkaufsrecht der Niedersächsischen Landgesellschaft (NLG). Es tritt nachrangig ein, wenn es keine oder mehrere Kaufinteressenten gibt, und es soll bisherigen Pächtern, aber auch Junglandwirten und Neueinsteigern einen Flächenerwerb erleichtern. Darüber hinaus ist Ziel des Gesetzes, eine Lücke in der bestehenden Rechtslage zu schließen und die Kapitalanlage in landwirtschaftliche Flächen durch Anteilskäufe (sogenannte „share-deals“) unter bestimmten Voraussetzungen genehmigungspflichtig zu machen.

„Die Landesregierung will mit der NASG-Reform ein Ausufern von Pacht und Bodenpreisen verhindern“, sagte Meyer. „Bauern sollen sich die Pacht oder den Kauf von landwirtschaftlichen Flächen leisten können, der Bodenmarkt soll insgesamt transparenter werden“, so der Minister. Wucherpreise dürften nicht die durch Familienbetriebe geprägte Landwirtschaft zerrütten. Großinvestoren, die mit Landwirtschaft nichts oder kaum etwas zu tun hätten, „muss ein Riegel vorgeschoben werden“, sagte der Landwirtschaftsminister.

## Agrarstrukturgesetzentwurf: Landwirtschaftsminister ignoriert alle Bedenken

11. Mai 2017

**LPD** - In seinem Gesetzentwurf zur Sicherung der bäuerlichen Agrarstruktur hat Landwirtschaftsminister Meyer auch das Ergebnis der am 20. Januar abgeschlossenen Verbändeanhörung veröffentlicht. Von 27 Organisationen und Verbänden sind inhaltliche Stellungnahmen eingegangen. Laut eigener Aussage des Ministeriums wendet sich die Mehrzahl dieser Verbände, so auch das Landvolk Niedersachsen, gegen verschiedene geplante Regelungen und hinterfragen unter anderem die Fähigkeit zur Zielerreichung oder die verfassungsrechtliche Zulässigkeit. Das Landvolk hatte auch in direkten Gesprächen mit dem Minister seine Bedenken geäußert und zu grundsätzlichen Anpassungen aufgefordert. "Es ist für mich befremdlich, dass der nur wenig geänderte Entwurf mit derartigen Mängeln dem Landtag zugeleitet wurde" kritisiert Landvolkpräsident Werner Hilse das Vorgehen. Auch die landeseigene Niedersächsische Landgesellschaft (NLG), dessen Aufsichtsratsvorsitzender der

Landwirtschaftsminister ist, hat nach den Erläuterungen des Ministeriums Bedenken wegen verfassungswidriger Regelungen geäußert. Dabei gehört die NLG zu den Profiteuren des Entwurfs. Bei Bewerbung mehrerer begünstigter Bauern um ein Grundstück, für das ihnen das Gesetz eigentlich ein Vorkaufsrecht einräumen soll, fällt das Grundstück zukünftig automatisch an die NLG. Nach Einschätzung des Landvolk Niedersachsen wird diese Situation die Regel sein und die vom Landwirtschaftsminister gesteuerten NLG zukünftig eine ordnungspolitisch unverzichtbar große Umverteilungskompetenz für landwirtschaftlichen Grund und Boden erhalten.

EJZ - 16.05.2017

Hannover (dpa/Ini) - CDU und FDP im niedersächsischen Landtag haben das von Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) geplante Agrarstrukturgesetz als teilweise verfassungswidrig kritisiert. Mit dem neuen Gesetz will Niedersachsen als erstes Bundesland eine Kauf- und Pachtpreisbremse einführen. Außerdem sollen ortsansässige Bauern künftig beim Flächenerwerb privilegiert werden. Betriebe mit einer regional marktbeherrschenden Stellung sollen dagegen von Vorkaufsrecht für landwirtschaftliche Flächen ausgeschlossen werden.

«Dieses Gesetz enthält tiefe Einschnitte in das Eigentumsrecht», warnte der landwirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Hermann Grupe am Dienstag im Landtag. Für den Vizechef der CDU-Fraktion, Frank Oesterhelweg, birgt das Gesetz Fallstricke. Die Landesregierung dürfe nicht den Fehler machen, den Markt außer Kraft setzen zu wollen.

#### **Frühere AbL-Pressemitteilung vom 22.6.2014**

#### **“Landvolk”-Spitze für Fortsetzung von Landpreisexplosion und Landgrabbing?**

#### **AbL Niedersachsen/Bremen fordert Erklärung von Landesbauernverbands-Spitze**

In einem Offenen Brief an die Spitze des Niedersächsischen “Landvolk”-Landesbauernverbands hat der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) um eine Erklärung zu deren offensichtlicher Kehrtwendung in Sachen Grundstücksverkehrsgesetz gebeten. Entgegen der vorherigen Landvolk-Positionierung hatte sich Landvolk-Vizepräsident nunmehr gegen regulierende Eingriffe gegen die immens steigenden Pacht- und Bodenpreise und gegen die Stärkung der Rechte ortsansässiger Landwirte ausgesprochen. Die AbL forderte das Landvolk auf, sich nicht im Interesse weniger „Pachthaie und Bodenspekulanten“ gegen die Interessen der großen Mehrheit der Bauern zu stellen und sich stattdessen an der breiten Bewegung gegen eine Fortsetzung der existenzbedrohenden Entwicklung auf den Bodenmärkten zu beteiligen. Die AbL verwies auf Ihr „Bodenpapier“, in dem u.a. Pacht- und Bodenpreis-Bremsen, die Stärkung des vorrangigen Pacht- und Kaufrechts von ortsansässigen Bauern sowie mehr Transparenz für Landwirte außerhalb der indirekt landvolk-dominierten Grundstücksverkehrsausschüsse gefordert werden. Die

AbL unterstütze gemeinsam mit vielen anderen Verbänden die entsprechenden Pläne der Landesregierung zugunsten bäuerlicher Betriebe.

Der Offene Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Präsident Hilse,  
sehr geehrte Herren Vizepräsidenten Schulte to Brinke, Korte und Meyer,

in der Neuen Osnabrücker Zeitung NOZ (siehe unten) hat sich der Vizepräsident des Niedersächsischen Landvolks, Herr Schulte to Brinke, gegen Regulierungen und Eingriffe auf dem Boden- und Pachtmarkt ausgesprochen – also auch gegen Boden- und Pachtpreisbremsen und gegen eine Stärkung des Vorkaufsrechts von (ortsansässigen) Landwirten. Diese Position des Landvolks wird von sehr vielen Landwirten mit Sicherheit nicht geteilt, zumal der Vertreter des Landvolks beim Bodenmarkt-Symposium des niedersächsischen Agrarministeriums am 13.5.2014 noch etwas völlig anderes vertreten hatte (siehe auch den Artikel „Bodenmarkt braucht neue Regeln“ in „Land & Forst“ vom 15.5.2014 auf Seite 12).

Rechtsanwalt Jens Haarstrich als Vertreter des Niedersächsischen Landvolkverbands hatte dort unserer Erinnerung und Mitschrift nach u.a. folgende Diskussionsansätze für eine gesetzliche Neuregelung des Grundstücksverkehrsgesetzes vorgetragen:

1. Über eine Neudefinition des Begriffs Landwirt könnten künftig nur noch natürliche Personen, die einen relevanten Teil ihres Einkommens aus der Landwirtschaft beziehen und eine entsprechende Ausbildung haben, und nicht mehr juristische Personen ein Vorkaufsrecht genießen.
2. Die Vorlage von bloßen Entwürfen für Kaufverträge oder Angeboten durch kaufinteressierte Nichtlandwirte, die oft nur zum Zweck eines Ausschlusses kaufinteressierter Landwirte vorgelegt würden, könnte ausgeschlossen werden.
3. Ausnahmetatbestände könnten abgeschafft werden.
4. Die Grundstücksverkehrsausschüsse könnten den Verkauf untersagen, wenn dadurch beim Käufer eine ungesunde Anhäufung von Flächen entstünde (z.B. das Fünffache an Eigentumsfläche gegenüber dem Durchschnitt der bewirtschafteten Fläche anderer Landwirte).
5. Das siedlungsrechtliche Vorkaufsrecht durch Landgesellschaften könnte von bisher 2 ha auf 1 ha (unter Einbeziehung von Forstflächen) abgesenkt werden – mit einer Verpflichtung zur Weitergabe an Landwirte (vorrangig an die bisherigen Pächter, dann an Nachbarn und dann an ortsansässige Landwirte).
6. Nicht genehmigte Pachtverträge könnten für schwebend unwirksam erklärt und zur Voraussetzung für Beihilfen, Düngerecht, privilegiertes Bauen) gemacht werden.
7. Festlegung einer Mindestlaufzeit von Pachtverträgen.

## 8. Pachtpreiskontrollen in Abhängigkeit vom Ertragswert.

Sollten wir Details des Vortrags von Herrn Haarstrich hier falsch wiedergegeben haben, bitten wir um eine korrigierende Mitteilung.

Offensichtlich gibt es in der Spitze des Landvolks eine Kehrtwende in der Positionierung zur Begrenzung der rasant steigenden Boden- und Pachtpreise und in der Frage der Stärkung des Vorkaufsrechts für (ortsansässige) Landwirte. Unsere Fragen an die Landvolksspitze:

- Wie vereinbart sich dies mit dem Anspruch einer Interessenvertretung für Landwirte?
- Warum und durch wen und ggf. auf Druck welcher Lobby ist die offensichtliche Kehrtwendung in diesen Fragen erfolgt?
- Ist auch hier die Landesregierung bei der Vertretung bäuerlicher Interessen weiter als die Landvolksspitze?
- Ist die bodenpolitische Kehrtwende des Landvolks abgestimmt mit der Bundesspitze des Deutschen Bauernverbands?

Wir fügen diesem Brief das bodenpolitische Positionspapier der AbL bei und bitten im Interesse einer breiten und fundierten Diskussion und Meinungsbildung um Weiterleitung dieses Briefes an die Gliederungen und Kreisverbände des Landvolks. Wir würden uns über eine baldige Antwort freuen und melden unser Interesse an einem gemeinsamen Treffen an, zu dem wir ggf. gern Ihre Vorschläge zu Termin und Ort erwarten.

Mit freundlichen Grüßen,  
im Auftrag des AbL-Landesvorstands  
gez.: Eckehard Niemann, Pressesprecher